Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6 — Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend — Postscheckkonto Leipzig 28614

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsstellung monatlich 4 Mk., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich 4.40 Mk., auf dem Lande 4.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mk. mit Zustellungsgebühr. Wie Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Inseratenpreis 1 Mk. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis Pfg., Reklamen 2.50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2gespaltene Korpuszeile 3 Mk. Nachweisungs-Gebühr 30 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 128. — **Sonnabend den 4. Juni 1921.** — **80. Jahrgang.**

Amtlicher Teil.

Wegen **Reinigung** bleiben sämtliche Geschäftsräume des städtischen Verwaltungsgebäudes **Montag den 6. und Dienstag den 7. d. M. geschlossen.**

Dringliche und standesamtliche Angelegenheiten werden an beiden Tagen vormittags von 11—12 Uhr erledigt.

Wilsdruff, am 2. Juni 1921. 4275 **Der Stadtrat.**

Kraftstrom für **Monat Mai 1921** ist bis zum **10. d. M.** an die Stadtkasse zu bezahlen.

Wilsdruff, am 2. Juni 1921. 4276 **Der Stadtrat.**

Wir bitten höflichst, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der mehrheitssozialistische Reichstagsabgeordnete Sihrschmidt soll zur Wahrnehmung der gewerkschaftlichen Arbeiterinteressen in das Wiederaufbauministerium eintreten.

* Der deutsche Bergarbeiterkongreß lehnte den Antrag auf Anschluß an die Moskauer Internationale ab.

* Von englischer Seite wurde erklärt, die oberste Zivil- und Militärgewalt in den von Engländern besetzten Gebieten Rheinlands bleibe bei diesen, wenn auch vorübergehend britische Truppen durch französische ersetzt würden.

* Nach einer großen Rede Lenins billigte die Moskauer Konferenz der russischen Kommunistischen Partei einstimmig die neue Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung.

* Nach Meldungen aus Tokio ist die bolschewistische Regierung von Wladiwostok durch einen Aufstand am 26. Mai gestürzt worden.

Das Regierungsprogramm.

Zu den Erklärungen des Reichskanzlers im Reichstag wird uns von einem parlamentarischen Mitarbeiter geschrieben:

Von den verschiedenen Vorschlägen, die in den Beratungen des Kabinetts behandelt wurden, und die zum Teil als das angebliche „Reparationsprogramm" veröffentlicht wurden, hat der Kanzler in seiner großen Rede am Mittwoch nur eine Auswahl erwähnt. Bekanntlich war zuerst davon die Rede, durch eine Anzahl neuer Steuern oder Erhöhung bestehender Abgaben die nötigen Summen aufzubringen. Bald kam in der richtigen Erkenntnis, daß dieser Weg allein nicht zum Ziele führt, der Gedanke hinzu, die Gewinne der Industrie durch besondere industrielle Selbstverwaltungskörper an der Quelle zu erfassen, und schließlich tauchte der am meisten Aufsehen erregende Plan einer 26prozentigen Belastung des Grundbesitzes in Stadt und Land auf. Der Kanzler hat nur die Steuerfragen etwas eingehender beleuchtet, die anderen Projekte aber teils ganz weggelassen, teils in veränderter Gestalt nur vorsichtig angedeutet. Einen grundsätzlichen Unterschied zwischen den festen Jahreszahlungen an die Alliierten und der 26prozentigen Exportabgabe hat er nicht gemacht, sondern vielmehr nach Möglichkeiten gesucht, den Gesamtbetrag beider Arten von Leistungen, der für dieses Jahr vielleicht 3¼ Milliarden übersteigt, einheitlich aufzubringen. Von besonderer Wichtigkeit erscheint es dabei, daß man sich jetzt auch in der Sozialdemokratie darüber klar geworden ist, daß trotz der grundsätzlichen Gegnerschaft dieser Partei gegen alle indirekten Steuern auch diese Art öffentlicher Abgaben jetzt in weitgehendem Maße zu Hilfe genommen werden muß. Auf Grund dieses Zugeständnisses der stärksten Koalitionspartei konnte der Kanzler daher neben dem Bukett der direkten Steuern, welches in erster Linie einen Ausbau der Kohlensteuer, der Körperschaftssteuern und der Börsensteuern in ihren verschiedenen Zweigen umfaßt, auch neue Gesetzentwürfe ankündigen, durch die der Verbrauch von Alkohol, Tabak, Zucker usw. für das Reich in höherem Grade nutzbar gemacht werden soll

Die steuertechnischen Pläne, die alle nur in knappen Umrissen angedeutet wurden, finden ihre notwendige Ergänzung in Maßnahmen allgemein wirtschaftspolitischer Natur. Neue Gedanken sind dabei nicht gerade aufgetaucht, und wenn der Kanzler davon sprach, daß Landwirtschaft und Industrie zum höchsten Maße ihrer Leistungsfähigkeit angespornt werden müssen, daß alle Bodenschätze über und unter der Erdoberfläche in gesteigertem Grade ausgenutzt werden sollen, daß das Ernährungs- und Verkehrswesen gebessert und der Luxus eingeschränkt werden muß, so sieht man eigentlich nur vor einer neuen Auflage von Versprechungen, die jedes Kabinett seit der Revolution zum Programm erhoben hat, und von denen man zunächst einmal ganz dahingestellt lassen muß, wieweit Herrn Wirth die Umsetzung der zweifellos von einem guten Willen beseelten Worte in die Tat gelingen wird. Eine leider nur flüchtige Andeutung über die Erfassung der sogenannten „Goldwerte", d. h. aller in ihrem Werte durch die Valutaschwankungen nicht oder nur wenig beeinflußten Besitztümer (in erster Linie kommt dafür vermutlich der Grundbesitz in Frage) war das einzige, was nach einem neuen Gedanken aussah.

Regierung, Reichstag und Reichswirtschaftsrat haben ein ungewöhnlich großes Arbeitspensum vor sich, um aus den knappen und noch ziemlich inhaltlosen Umrissen des in der Kanzlerrede entwickelten Programms brauchbare Gesetze zu machen, die wenigstens einige Aussicht auf Erfolg bei der unerhörten Aufgabe der „Reparation" eröffnen. „Verständigung, Versöhnung und Wiederaufbau" stellte der Kanzler als Leitwort an den Anfang seiner Erklärungen. Er weiß recht gut, daß dieses Ziel nicht allein von unserem guten Willen, auch das Unmögliche möglich zu machen, abhängt. Wenn die Entente nicht mindestens den gleichen Willen zeigt, uns die übermenschliche Bürde tragen zu helfen, so werden letzten Endes doch alle deutschen Anstrengungen vergeblich bleiben. Eben in diesen Tagen erleben wir mit tiefer Entrüstung ein unwürdiges Schauspiel, von dem man noch zu hoffen wagt, daß es zu einem Wendepunkt in dem nach wie vor feindlichen Verhalten der Entente gegen uns werden könne. Mit einer Entschiedenheit, die ihm von allen Seiten hoch angerechnet wird, hat der Kanzler auf das himmelschreiende Unrecht hingewiesen, das sich Tag für Tag unter den Augen der interalliierten Kommission in Oberschlesien abspielt und mit seiner Forderung, daß die Entente die Zusage des ehrlichen Spiels in einer Frage, in der ihre Ehre ebenso auf dem Spiele steht wie unsere nationale Existenz, endlich verwirklicht, vereinigen sich trotz aller inneren Parteigegensätze die Stimmen aller Volksvertreter und des ganzen Volkes selbst. Die Atmosphäre internationaler Beruhigung, die die erste Voraussetzung für die Erfüllung jedes irgendwie gearteten deutschen Reparationsprogramms ist, kann nicht gedeihen, solange eine nicht nur für Deutschland, sondern für die Weltwirtschaft lebensnotwendige Provinz in den hellen Flammen des Aufruhrs räuberischer Horden zugrunde gerichtet wird.

Abgesehen von diesem mit allgemeinem Beifall aufgenommenen Teil der Regierungserklärung hat die Rede des Kanzlers bei den Parteien nur einen bedingten Eindruck hervorgerufen. Dazu mag beigetragen haben, daß der sonst gewandte und temperamentvolle Redner diesmal in monotonem Vortrag ein Manuskript ablas. Aber auch inhaltlich ging er um alle kritischen Punkte immerhin so vorsichtig herum, daß irgendwelche grundsätzliche Entscheidungen in der mit dem halbfertigen Reparationsprogramm aufs engste verknüpften Kabinettsfrage jetzt nicht zu erwarten sind. Man rechnet übrigens damit, daß die noch bevorstehende Rede des neuen Wiederaufbauministers Dr. Rathenau die Darlegungen des Kanzlers nicht unwesentlich ergänzen wird. Der Reichstag wird nach einer vermutlich nur kurzen Arbeitszeit vielleicht schon Mitte Juni in die großen Sommerferien gehen und erst im Herbst wieder zusammenkommen. In der Zwischenzeit sollen die im Regierungsprogramm angedeuteten Gesetzentwürfe ausgearbeitet werden, und dann erst wird die große parlamentarische Auseinandersetzung um die endgültige Gestaltung des Reparationsprogramms beginnen können, zu der die Debatte dieser Woche ebenso wie die Rede des Reichskanzlers Dr. Wirth nur als ein Vorspiel anzusehen sind.

Deutscher Reichstag.

(110. Sitzung.) CB. Berlin, 2. Juni.

Das Haus und die Tribünen waren heute schwächer besetzt als gestern. Am Ministertische waren dagegen der Reichskanzler, der Vizekanzler und einige andere Mitglieder des Kabinetts. Die an erster Stelle der Tagesordnung stehende Interpellation der Demokraten wegen Oberschlesien und die Interpellation der Deutschnationalen wegen der Ergänzungsprüfung der Beamten der Besoldungsgruppe 6 werden von der Regierung innerhalb der gesetzmäßigen Frist beantwortet werden.

Beihilfen für die Erwerbslosen.

Es folgte der Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über die Erwerbslosigkeit. Hier wurde eine Entschließung dieses Ausschusses angenommen, wonach langfristigen Erwerbslosen Beihilfen zur Wiederbeschaffung von Kleidern und Schuhzeug zu gewähren sind, ferner diese Erwerbslosen bei der Zuweisung von Arbeit besonders zu berücksichtigen sind und wonach ihnen die Unterstützung auch über 26 Wochen zu gewähren ist.

Aussprache über die Regierungserklärung.

Verbunden damit wurden die Anträge der Kommunisten und Unabhängigen auf Amnestie und Aufhebung der Ausnahmebestimmungen.

Abg. Wels (Soz.) begründete die Haltung der jetzigen Regierung, die mit der Annahme des Ultimatums den einzig möglichen Weg gegangen sei, das Ruhrgebiet für uns zu retten und in Oberschlesien nicht vollendete Tatsachen zu schaffen. Es ist uns immer noch lieber, daß wir blutenden Herzens und im Schweiße unseres Angesichts uns quälen, die Lasten des Friedens zu tragen, als wenn Herr Foch ins Land kommt und selbst sich alles nimmt. Was man von passivem Widerstand des 60-Millionenvolkes auf der Rechten und auch bei der Volkspartei geredet habe, sei Unsinn. Von der Volkspartei und von einem Zusammenarbeiten mit ihr scheiden die Sozialisten aus. Der Redner verlangte Abbau der Ausnahmegerichte. Dann wandte er sich den

neuen Steuern

zu, wobei er erklärte, Handel und Industrie müßten jedenfalls in erster Linie zu den Lasten herangezogen werden. Arbeiter und Angestellte, deren Einkommen mit der Teuerung nicht entsprechend mitgegangen sei, dürften bei weitem nicht so belastet werden. Jedenfalls könnte seine, des Redners Partei nicht zugeben, daß die besitzenden Klassen schon im Übermaß belastet seien. Der Luxus, der von diesen Klassen getrieben werde, beweise das Gegenteil. Ferner sprach sich der Redner gegen die 30prozentige Ausfuhrabgabe aus und verlangte neue Verhandlungen mit der Entente in dieser Angelegenheit. Zum Schluß wandte sich der Redner heftig gegen die Rechtsparteien.

Abg. Becker-Arnsberg (Zentr.) bedauerte die scharfen Angriffe, die draußen im Lande vielfach gegen die Unterzeichnung des Ultimatums erhoben worden sind, sprach aber die Hoffnung aus, daß die Volksgenossen sich wenigstens bei der Erfüllung des Ultimatums zusammenfinden werden. Wir wollen jedenfalls alle Opfer bringen, die die Durchführung des Ultimatums fordert, erwarten aber auch, daß damit die Sanktionen endlich erledigt sind. Lord George wird hoffentlich sein Wort einlösen und für die

Befreiung von Duisburg und Düsseldorf

sorgen. Hierauf beschäftigte sich der Redner eingehend mit den Steuerfragen. Mit der Börsensteuer und der Kohlensteuer erklärte er sich einverstanden. Auch bei den Genußmitteln, wie Tabak, Zucker, Süßstoff, komme man um eine Steuererhöhung nicht herum. Unter allen Umständen aber müsse der Luxus erfaßt werden. Es sei widerlich, in der Eisenbahn mit Brillanten behängte Damen protzen zu sehen. Die Mietssteuer, so schwer sie falle, sei nicht zu entbehren. Einer allgemeinen Amnestie, betonte der Redner, können wir nicht zustimmen. Wir protestieren gegen die Schandtaten Korfantys in Oberschlesien und hoffen, daß der Geist, der das Böse schaffen wollte, das Gute schaffen wird.

Abg. Ebler von Braun (Deutschn.) bedauerte, daß der Reichskanzler sich nicht klar und bündig genug über sein Programm ausgesprochen habe. Eine Regierung, die das Ultimatum unterzeichnet habe, müsse sich doch über alle Mittel und Wege klar sein, die zu seiner Erfüllung notwendig seien. Warum habe die Regierung nicht auf die sofortige Aufhebung der Sanktionen bestanden? Warum sei sie nicht in Oberschlesien energischer gewesen? Auch über das Problem der internationalen Beziehungen sei kein Wort gefallen. Gegenüber den englisch-amerikanischen Abmachungen und dem belgisch-französischen Übereinkommen sei die Regierung jede Äußerung schuldig geblieben. Es wäre bemerkenswert, zu wissen, wie unsere Regierung sich zu dem Verhältnisse zwischen England und Frankreich stellt. Auch über den Osten und die Beziehungen zu ihm sagte die Regierung nichts. Wir wollen doch nicht bloß Objekt bei den politischen Beziehungen sein, sondern Subjekt. Das Pariser Diktat hielt man seinerzeit für unannehmbar. Selbst der Abg. Müller-Franken hat seinerzeit die Annahme für unmöglich erklärt. Das Ultimatum geht nun noch über dieses Diktat hinaus. Der Wiederaufbauminister Rathenau hat sich scharf dagegen geäußert. Hoffentlich wird er uns die Gründe seines plötzlichen Gesinnungswechsels klarmachen können. Desgleichen wird der Reichskanzler uns über seine finanziellen Pläne noch genauen Aufschluß geben müssen. Wir glauben nicht an die Möglichkeit der Erfüllung des Ultimatums. Wir betrachten jedenfalls die Verpflichtungen des Ultimatums als eine Lohnsklaverei, deshalb wollten wir nicht mit der Unterschrift einen Rechtstitel aus der Hand geben. Der Redner wandte sich dann gegen die Ausfuhrabgaben und erörterte hierauf die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion.

Wiederaufbauminister Dr. Rathenau

bemerkte u. a.: Leicht ist mir die Übernahme des Ministeriums nicht geworden. Was mir den Entschluß erleichterte, war die Erwägung, daß meine Tätigkeit keine politische ist. Mein Arbeitskreis ist ein organisatorischer und wirtschaftspolitischer, von größter nationaler Bedeutung. Mein künftiger Arbeitskreis hat mit der Kriegswirtschaft nichts gemeinsam. Ich bin gewillt, von meinem Gebiet alles fernzuhalten, was an Schieberei oder Wucherei erinnert. Im Laufe eines Menschenalters wird unser Wirtschaftsleben ganz umgestaltet sein; aber es wäre vermessen, heute schon ein Programm zu geben. In ein anderes Kabinett wäre ich nicht eingetreten. Das Bestreben des Kanzlers, ein

Kabinett der Versöhnung

zu bilden, war der zweite Grund, der mich bestimmte. Dazu kommt der Umstand, daß Frankreich den Wiederaufbau wünscht, und zwar in Gemeinschaft mit uns. Schon jetzt sind 60 Prozent der Brücken, 50 Prozent der Landwirtschaft, 6 Prozent der Bergwerke wiederhergestellt, aber nur 2 Prozent der Häuser. Das ist für Frankreich schon eine ansehnliche Leistung. Wir sind verpflichtet, ihm zu helfen. Selbstverständlich habe ich zuerst Bedenken gegen die Unterzeichnung des Ultimatums gehabt, weil ich die Inderzahlen für falsch halte, eine Erkenntnis, die sich auch auf der Gegenseite bereits ausbreitet. Sollte ich nun schmollend beiseite stehen, wie Sie, meine Herren von der Rechten? Das konnte ich nicht machen. Für die Verpflichtung, die ich übernommen habe, soll meine kaufmännische Vergangenheit maßgebend sein. Was ich einmal unterzeichnet habe, muß ich auch erfüllen. Ich bin überzeugt, daß das deutsche Volk die Forderungen erfüllen wird. (Widerspruch rechts und Rufe: „Sie haben das Gegenteil erklärt".) Nein, meine Herren, das habe ich nicht getan, ich habe nur die Inderzahlen als unrichtig erklärt und hoffe auf eine Änderung dieser Zahlen. Das Vertrauen der Welt zu uns wird sich an unserer Wiederaufbautätigkeit neu beleben. Die Welt setzt sich nicht aus lauter Feinden zusammen. Wir brauchen die Mitwirkung aller. Ich erbitte Ihre Mithilfe, nicht für den Mann, sondern für das Volk.

Reichskanzler Dr. Wirth,

der hierauf das Wort ergriff, protestierte gegen den Vorwurf des Abg. v. Braun, daß er die Eingabe der bayerischen Regierung in Sachen der bayerischen Einwohnerwehren an die Entente nicht unterstützt habe. Im Zusammenhange damit verlas

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF